

16.07.87

G - In - R

Antrag

des Freistaates Bayern

EntschlieBung des Bundesrates zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT
B III 1-2318 - 87 - 151

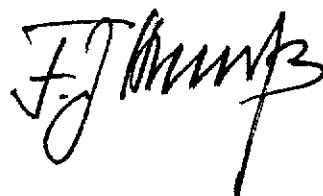
München, den 14. Juli 1987

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Aufgrund Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich zur Behandlung gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates den folgenden Antrag:

EntschlieBung des Bundesrates zur Bekämpfung
der Immunschwächekrankheit AIDS.

Ich bitte sodann, die Beschlußfassung des Bundesrates über die Annahme des EntschlieBungsantrages herbeizuführen.



Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids-

Der Bundesrat möge folgende Entschließung fassen:

Die Zahl der AIDS-Erkrankungen und HIV-Infektionen nimmt weltweit zu. Gegen die Krankheit AIDS gibt es derzeit weder eine kausale Therapie noch einen wirksamen Impfstoff. Die Mehrzahl der Infizierten erkrankt nach heutigem Wissensstand; die Krankheit selbst verläuft tödlich. Damit ist die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS eine der größten gesundheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Das Grundgesetz gebietet dem Staat, die Bevölkerung vor einer Ansteckung zu schtzen sowie HIV-Infizierten und AIDS-Kranken zu helfen. Dabei tritt der Gedanke des Schutzbedürfnisses der Allgemeinheit desto stärker in den Vordergrund, je größer die Gefahr und je höherwertig das bedrohte Rechtsgut ist.

Eine HIV-Infektion kann sich für den Betroffenen in vielen sozialen und rechtlichen Situationen auswirken. Es ist - wie bei allen übertragbaren Krankheiten - ein selbstverständliches Gebot, Betroffene wegen einer Infektion ohne rechtfertigenden Grund nicht unterschiedlich und nachteilig zu behandeln.

Das vielschichtige Problem der Bekämpfung von AIDS kann nur durch eine umfassende Strategie gelöst werden, die alle Teilaspekte umfaßt.

Aus diesem Grund bringt der Bundesrat folgende Gesetz-entwürfe ein:

- Gesetz zur Aufklärung, Beratung und Hilfe bei der Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
- Gesetz zur Änderung des Bundesseuchengesetzes.
- Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes/EWG.

Der Bundestag wird gebeten, diese Gesetze zügig zu beraten und alsbald zu verabschieden, damit der Ausbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS so rasch und wirksam wie möglich begegnet werden kann.